

1 Die Linke in die Offensive bringen

2 Politik der Spaltung ist Politik gegen sozial gerechte Demokratie!

3 Genau ein Jahr vor der Bundestagswahl ist äußerst ungewiss, wie sich der nächste
4 Bundestag zusammensetzen wird. Global krisenhafte Verhältnisse durch die
5 Klimaerwärmung und geopolitische Spannungen, Kriege wie in der Ukraine und in Gaza,
6 hoher Veränderungsdruck, sowie desolate Infrastrukturen und der Rückstau bei überfälligen
7 Reformen erzeugen bei vielen Menschen Unsicherheiten und Ängste. Genau das wird von
8 rechtspopulistischen Stimmen ausgebeutet, die mittlerweile bis in die Mitte des politischen
9 Spektrums die Debatten prägen. Jetzt wäre es an der Zeit, die Herausforderungen für unsere
10 Zivilgesellschaft ernst zu nehmen und politisch anzugehen, sich mit der Klimakrise und ihren
11 Auswirkungen auf Wirtschaft und Energieversorgung, dem demografischen Wandel und dem
12 Handlungsbedarf bei öffentlicher Infrastruktur, Finanzierung und sozialen
13 Sicherungssystemen aktiv auseinanderzusetzen. Stattdessen wird sich überboten mit
14 Schuld- und Neiddebatten gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchteten
15 und Bürgergeld-Empfänger*innen.

16 Auch die Eckpunkte zum Bundeshaushalt 2025 der Ampel-Regierung sowie die sogenannte
17 Wachstumsinitiative setzen das Nach-unten-treten fort. Statt bei Dienstwagenprivilegien oder
18 anderen Subventionen für Bessergestellte zu kürzen, wird der Rotstift beim 49-Euro-Ticket
19 und bei den Arbeitsmarktprogrammen der Jobcenter angesetzt, was wichtige Projekte und
20 Angebote auf Landes- und Kommunalebene trifft.

21 Unsere Gesellschaft braucht eine sozial gerechte Demokratie. Diese Demokratie ist ohne
22 staatliche Investitionen und Umverteilung nicht zukunftsfähig. Der Kürzungshaushalt der
23 Ampel und die Schwierigkeiten auf Bundes- wie auf Landesebene, überhaupt
24 funktionierende Haushalte aufzustellen, zeigen erneut, dass die Schuldenbremse eine
25 absolute Zukunftsbremse ist: Sie wirkt als Kita-Ausbaubremse, als Klimaschutzbremse, als
26 Innovationsbremse, Wohnungsbaubremse und als Verkehrswendebremse. Daher unsere
27 klare Forderung: Die Schuldenbremse muss weg, um notwendige Investitionen, die jetzt
28 schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten überfällig sind, endlich tätigen zu können. Die
29 Fußball-Europameisterschaft der Männer in Deutschland hat der Welt gezeigt, wie marode
30 die öffentliche Verkehrsinfrastruktur ist. Wer vor dem offensichtlichen Handlungsbedarf die
31 Augen verschließt, legt es darauf an, die soziale Demokratie ins Straucheln zu bringen.

32 Zusätzlich haben die starken Preiserhöhungen alltäglicher Verbrauchsgüter sowie die
33 Mietpreisentwicklungen insbesondere in den Großstädten der letzten Jahre zu einer Krise
34 der Lebenshaltungskosten geführt. Zwar wurden immer wieder beachtliche Erfolge bei
35 Arbeitskämpfen für Lohnerhöhungen erzielt, doch halten diese in der Breite kaum Schritt mit
36 den Preiserhöhungen. Gemeinsam mit unzureichenden Erhöhungen des Mindestlohns und
37 von Sozialleistungen ergibt sich eine Situation, die sich bei vielen Menschen weiterhin
38 nachhaltig und spürbar negativ in den Geldbeuteln niederschlägt. Gleichzeitig konnten
39 zahlreiche Konzerne besondere Gewinne aus den multiplen Krisen ziehen und Reiche ihr
40 Vermögen mehren.

41 Bundestagswahl 2025: Es rettet uns kein höh'res Wesen - Krisen annehmen und 42 auflösen

43 Die soziale Ungleichheit, die Schere zwischen Arm und Reich, und die Umverteilung von
44 unten nach oben nehmen weiter zu. Die Ampelregierung ist teils unwillig, teils unfähig, gegen
45 diese Ungerechtigkeit vorzugehen.

46 So gelingt es in der aktuellen politischen Gemengelage AfD und Union immer stärker, sich
47 als einzige Alternative zur Ampelpolitik darzustellen. Die Wahrnehmung der Ampel als
48 vermeintlich linksliberale Formation und die aktuelle Schwäche unserer Partei sorgen dafür,
49 dass die Linke als politische Alternative zur Kürzungspolitik der Ampel nicht ausreichend
50 wahrgenommen wird. Die Wahlen in u.a. Frankreich und Großbritannien zeigen jedoch, dass
51 konservative Regierungen und Regierungen der Mitte erfolgreich von links herausgefordert
52 und Kräfte gegen Nationalismus und Populismus gebündelt werden können. Auch wenn das
53 französische linke Wahlbündnis nicht ohne Weiteres auf Deutschland übertragbar ist, zeigt
54 sich deutlich, dass eine breite gesellschaftliche Mobilisierung in der Lage ist, dem
55 Rechtsruck und der unsozialen Politik der Mitte wirkmächtige und überzeugende linke
56 Strategien und Angebote entgegenzustellen. Für uns bedeutet das Ansporn und ein klares
57 Signal: Wir müssen und wollen als Linke wieder in die Offensive gehen.

58 Unser Ziel: Die Politik auf Bundesebene muss sich massiv ändern. Dramatische Kürzungen
59 bei der Arbeitsmarktpolitik, die hilflose Aufforderung, bei Wohnungsmangel doch einfach aufs
60 Land zu ziehen, und die ständige Unsicherheit über den Fortbestand von Sozial- und
61 Bildungsprogrammen: All das steht für die Kapitulation vor den Problemen, insbesondere vor
62 den eigenen Blockaden in der Ampelkoalition, kurz: für die Durchsetzung von Kapital- und
63 Partialinteressen! Wir wollen linke Alternativen in diesen Kernbereichen anbieten und stark
64 machen, in sozialen Bewegungen und öffentlichen Debatten wie in Parlamenten.

65 Bei der Bundestagswahl 2025 werden entscheidende Weichen für die kommenden Jahre
66 gestellt. Für uns Linke ist klar, dass wir mit einer starken Stimme für Verteilungsgerechtigkeit
67 und nachhaltige Sozial- und Klimapolitik, für internationale Solidarität und Entspannung,
68 gegen Ausgrenzung und Hetze wieder in den Bundestag einziehen wollen.

69 **Zuwanderung und Bildung - mit guten Rahmenbedingungen und nach vorn gerichtet**

70 Die Ergebnisse des Zensus 2022 bieten für das Bundesland Bremen eine finanzielle und
71 demografische Überraschung. Gegen den gesamtdeutschen Trend wird die Einwohnerzahl
72 für das Land Bremen auf 693.204 nach oben korrigiert (sie wächst gegenüber 2000 um 5
73 Prozent und wird in naher Zukunft die 700.000er-Marke überschreiten). Für Bremerhaven
74 fällt die Korrektur sogar noch deutlicher als für Bremen. In der Folge erhält das Land Bremen
75 künftig jährlich 170 Mio. Euro mehr aus dem bundesweiten Finanzausgleich.

76 Was hier vielleicht wie zufällig günstige Korrektur erscheint, ist tatsächlich der Erfolg zweier
77 weltoffener Stadtgesellschaften und ihrer integrativen Zuwanderungspolitik und damit auch
78 ein Erfolg linker Politik.

79 Bremen ist jünger und migrantischer als der Rest der Republik: Der Anteil der unter 30-
80 Jährigen ist mit 32,8 Prozent so hoch wie in keinem anderen Bundesland, der Anteil von
81 Einwohner*innen mit Migrationserfahrung mit 32,4 Prozent ebenfalls. Jede*r fünfte Bremer*in
82 ist außerhalb der EU geboren, fast jede*r achte außerhalb von Europa; mehr als 7 Prozent
83 gehören zur zweiten Generation. Bremen lebt seine Weltoffenheit und hat das Potential, die
84 Vorteile zu nutzen: Die Bevölkerungsentwicklung Bremens leistet einen wichtigen Beitrag zur
85 Stabilität von Sozialversicherungen, begegnet dem Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel und
86 trägt zu einer ausgewogenen Altersstruktur bei.

87 Zuwanderung, egal aus welchen Gründen, findet statt. Es ist politische Aufgabe,
88 Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass Zuwanderung gesellschaftlich positiv wirken kann.
89 Gerade in Zeiten demographischer Wende ist Migration für aufnehmende Gesellschaften
90 eine wesentliche Unterstützung, um Wirtschaftsleistung, soziale Strukturen und

91 Lebensstandard zu sichern. Damit Integration gelingt, braucht es Offenheit und Kooperation
92 von allen Beteiligten und starke öffentliche Infrastrukturen für Integration. Es muss investiert
93 werden in Bildung, Betreuung, Arbeitsmarktzugänge und Wohnen. Diese
94 Zukunftsorientierung muss im Zentrum unserer landespolitischen Anstrengungen stehen und
95 im Zentrum unserer Forderungen an den Bund.

96 In der Bildungspolitik des Landes Bremen brauchen wir eine stärkere Ausrichtung an
97 Kernzielen: Zur Bildungsgerechtigkeit gehören umfassende Teilhabe, Stadtteilentwicklung
98 und verlässliche Betreuung. Der Ausbau der Doppelbesetzung in Grundschulen, die
99 deutliche Stärkung der Schulen und Kitas mit besonderen Herausforderungen, z.B. auch
100 durch kleinere Gruppen, Ausbau des Platzangebots (ggf. auch Betreuungsgruppen für Nicht-
101 Kita-Kinder), Ausbau der (praxisintegrierten) Erzieher*innen und Assistent*innenausbildung
102 und der Lehrkräfteausbildung sind dabei wesentliche Elemente. Dafür ist eine beschleunigte
103 Annäherung der Pro-Kopf-Ausgaben ans Stadtstaatenniveau zwingend. Wir erneuern unsere
104 Forderung nach einer Enquete-Kommission, die klärt was nötig ist, um die bildungspolitische
105 Schlusslichtposition unseres Bundeslandes zu verlassen. Allein 16 Jahre Schulkonsens
106 haben zwar die Bildungspolitik aus den Landtagswahlkämpfen herausgehalten, für die
107 Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit haben sie aber nichts gebracht. Wir werden die
108 Schule für Alle wieder auf die Tagesordnung setzen.

109 **Kommunen und Stadtteile ernst nehmen, linke Beiratsstrukturen ausbauen**

110 Die Ergebnisse der Europawahl müssen uns vor allem auf Städte- und Stadtteilebene zu
111 denken geben. Wir haben vor allem in Bremerhaven, Bremen-Nord und vielen
112 benachteiligten Quartieren schlecht abgeschnitten. Das können wir nicht einfach auf den
113 Rechtsruck schieben, sondern müssen politisch darauf antworten.

114 Gerade diejenigen, die weniger Einkommen und Vermögen haben oder sich auf dem
115 Arbeitsmarkt in einer schwierigen Position befinden, reagieren auf tiefgreifende
116 Veränderungen mit einer berechtigten Skepsis. Denn sie können äußere Veränderungen
117 nicht in derselben Weise mit eigenen Ressourcen abfedern oder bewältigen. Hier sind wir als
118 linke Kraft mehrfach gefordert: Klarer sagen, dass Veränderungen wie Klima-Umbau und
119 Zuwanderung nicht nur moralisch geboten sind, sondern auch die Voraussetzung dafür,
120 Lebensstandard, Beschäftigung und Wohlstand zu erhalten; offen über damit einhergehende
121 Probleme und mögliche Lösungen dafür sprechen; vor allem aber konkrete Forderungen in
122 den Mittelpunkt stellen, die mit der gleichen Dringlichkeit auf Verbesserungen bei alltäglicher
123 Infrastruktur, sozialer Sicherheit und beruflichen Chancen bestehen. Das betrifft Mieten und
124 Energiekosten genauso wie berufliche Durchlässigkeit oder haus- und fachärztliche
125 Versorgung.

126 Kritik am Zustand der Demokratie ist nicht rechts. Es ist eine zutreffende Beobachtung, dass
127 große Unternehmen und einkommensstarke Gruppen ihren Einfluss geltend machen
128 können, damit Veränderungen nicht auf ihre Kosten gehen, während die mit weniger Geld
129 und Lobbymacht sehr viel leichter unter die Räder kommen. In Bremen stellen die Beiräte ein
130 Instrument dar, wie vor Ort Einfluss genommen und mitgestaltet werden kann. Ein derartiges
131 Instrument fehlt in Bremerhaven; und auch in Bremen ist es häufig zu schwach. Es sind aber
132 auch andere Instrumente denkbar. Wir wollen eine Diskussion starten, wie wirksame
133 kleinräumige Beteiligung verbessert werden kann. Das kann in die Forderung „Beiräte für
134 Bremerhaven“ ebenso münden, wie in die Forderung, mit Bürgerräten oder

135 Bezirksparlamenten zu experimentieren. Sicherheit in der Veränderung erfordert jedenfalls
136 den Ausbau von Möglichkeiten für alle, direkt mitzuentcheiden.

137 Zentrale bundes- und landespolitische Forderungen, die wir langfristig verfolgen, für die wir
138 stehen, die konkret durchsetzbar sind und die einen realen Einfluss auf Lebenslagen haben,
139 müssen wieder stärker in den Vordergrund gestellt werden. Das ist uns früher mit den
140 Forderungen nach Mindestlohn und Abschaffung von Hartz IV gelungen und muss auch jetzt
141 wieder unser Ziel sein.

142 Daher beabsichtigen wir, ein Landesprogramm für soziale Sicherheit und gleichwertige
143 Lebensverhältnisse zu erarbeiten, das angemessen auf die vielfältigen Umbrüche und
144 Veränderungen antwortet (und ehrlich darstellt, wo es dann auch nur mit Bundespolitik
145 weitergeht). Dafür starten wir einen Arbeitsprozess, an dem alle teilnehmen können und den
146 wir auch nach außen öffnen werden.

147 **Unsere Regierungsbeteiligung ist kein Selbstzweck – linke Projekte auch unter**
148 **erschweren Bedingungen vorantreiben!**

149 Auf Landesebene konnten wir im letzten Jahr mit einem starken Wahlkampf und breiter
150 Beteiligung bei der Bürgerschaftswahl unser letztes Ergebnis von 11 Prozent verteidigen. Als
151 Landesverband haben wir uns daraufhin entschieden, die Aufgabe anzunehmen, auch in der
152 dieser Legislatur möglichst prägender Teil der Bremer Landesregierung zu sein. Für uns
153 Linke ist das kein Selbstzweck. Wir haben diese Entscheidung in einer Zeit getroffen, in der
154 die Voraussetzungen für linke Politik schwieriger geworden sind. Der bundesweite
155 Rechtsruck, die Fixierung der öffentlichen und medialen Debatte auf Triggerpunkte, die
156 ständigen Rufe nach Law and Order, also autoritärer Innenpolitik, die steigende Akzeptanz
157 von Rassismus und Sozialdarwinismus: Dieser enorm herausfordernde Kontext macht es
158 auch in der Koalition schwieriger, diesem Druck nicht nachzugeben. Die chaotische
159 Finanzpolitik des Bundes, die nur noch auf Sicht fährt, zwingt uns zu
160 Haushaltsverhandlungen in Permanenz, bindet Kräfte und macht es nahezu unmöglich,
161 gesellschaftlicher Verunsicherung mit überzeugenden Perspektiven entgegenzutreten.

162 Gleichzeitig ist linke Politik für Bremen und Bremerhaven dringender als je zuvor. Die Preise
163 für alles Lebensnotwendige bleiben hoch und immer weniger Menschen kommen mit ihrem
164 Geld bis zum Ende des Monats aus. Vor dem Hintergrund tiefgreifender gesellschaftlicher
165 und technologischer Umbrüche ist das Bremer Wirtschaftsmodell dringend auf eine sozial-
166 ökologische Transformation angewiesen, die im Sinne der Beschäftigten gestaltet wird. Das
167 kostet viel Geld, ist aber für die Zukunft Bremens und Bremerhavens zwingend erforderlich.

168 Nachdem wir in der letzten Legislaturperiode Krisen gut gemanagt, soziale Verbesserungen
169 durchgesetzt und linke Handschrift gerade in der Gesundheits-, Wirtschafts- und
170 Arbeitsmarktpolitik bewiesen haben, kommen wir jetzt an die eigentlichen
171 Herausforderungen: Immer noch ist unser Bundesland an der Schlusslichtposition bei Armut
172 und Arbeitslosigkeit, Bildungsungerechtigkeit und Bildungserfolg, Frauenerwerbsbeteiligung
173 und Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und privat geleisteter Sorgearbeit.

174 Während die rot-grün-rote Koalition in die erste Legislatur mit einer starken Vision für ein
175 weltoffenes, nachhaltiges, soziales und wirtschaftlich erfolgreiches Bundesland ging, ist
176 diese Vision aktuell für viele Bürgerinnen und Bürger nicht mehr erkennbar. Die Koalition
177 darüber zu profilieren, dass sie angesichts der Sachzwänge und neuen Realitäten „weniger
178 will“, kann uns nicht zufriedenstellen. Dass CDU, FDP und BD keine Lösungen zu bieten

179 haben und mit ihrer rückwärtsgewandten Politik Bremen und Bremerhaven eindeutig auf
180 Sparzwänge verpflichten würden (insbesondere, wenn es um Ausgaben für Klima und
181 Soziales geht), kann uns als Legitimation für unsere Regierungsbeteiligung nicht reichen.
182 Auch braucht es mehr, als den ständigen Vorstößen für eine repressive Sozialpolitik und
183 Zuwanderungspolitik die Spitze zu brechen, Zumutungen und Unsinn zu verhindern und in
184 den Projekten der Regierung ein linkes Korrektiv zu sein.

185 Linke Politik in Regierungsverantwortung beweist sich dadurch, dass wir überzeugend die
186 Ziele und Probleme bearbeiten, die allgegenwärtig und offensichtlich sind; dass wir das in
187 besonderer Weise tun, indem wir die soziale Frage in den Mittelpunkt stellen und
188 Entscheidungen nicht dem Markt überlassen; und dass wir linke Reformprojekte
189 vorantreiben, mit denen unsere Gesellschaft sozial gerechter und zukunftsfähig wird. Das tun
190 wir in unseren linken Ressorts: Wir treiben die Krankenhausreform und die Klima-
191 Transformation der Wirtschaft voran; wir bauen wohnortnah Gesundheits- und
192 Hebammenzentren aus und haben bei Landesmindestlohn und Tarifbindung Pflöcke gesetzt;
193 wir haben mit der Versorgung Nichtversicherter, dem Sicherstellungsgesetz zum
194 Schwangerschaftsabbruch und dem Ausbildungsfonds linke Reformprojekte auf den Weg
195 gebracht. In der Koalition haben wir uns erfolgreich für eine offensive Finanzpolitik
196 starkgemacht und in den Haushaltsverhandlungen der Fraktionen viele fortschrittliche
197 Einzelprojekte durchgesetzt.

198 **Gemeinsam in die Offensive gehen: Wir initiieren einen landespolitischen Ratschlag**

199 Wir müssen aber nachlegen und als Partei unsere Einstellung zur Mitverantwortung in dieser
200 Legislaturperiode konkretisieren:

- 201 • Wir aktualisieren unsere Konzepte für ein wohnungs- und mietenpolitisches
202 Sofortprogramm und eine entsprechende längerfristige Strategie.
- 203 • Ungeachtet der schwierigen Haushaltslage müssen wir Wege finden, wie nicht nur
204 mit kleinen Veränderungen das Bisherige fortgeschrieben wird, sondern z.B. für
205 Bildung und Armutsbekämpfung die nötigen Ressourcen bereitgestellt werden, und
206 das nicht nur symbolisch.
- 207 • Wir bringen uns in die Debatte ein, wie unsere Verwaltung bürgernäher aufgestellt
208 werden kann und wie Entscheidungsprozesse beschleunigt werden.
- 209 • Für die neu von uns verantworteten Bereiche Häfen und Pflege müssen wir als Partei
210 Kompetenz aufbauen, uns mit den Herausforderungen auseinandersetzen und
211 unsere politische Agenda konkretisieren.
- 212 • Wir werden eigene Vorschläge erarbeiten, wie wir in den landespolitischen
213 Problembereichen weiterkommen können: mit einer offensiven Agenda für
214 Bildungspolitik, Betreuungsausbau, Armutsbekämpfung und eine
215 Zuwanderungspolitik, die schneller und besser Integration ermöglicht.
- 216 • Wir bringen einen Volksentscheid zur Abschaffung der Bremer Schuldenbremse auf
217 den Weg und erhöhen damit auch den Druck auf die Bundesebene.

218

219 Gerade in diesen Zeiten braucht eine Linke in der Regierung Austausch und auch
220 Unterstützung einer gesellschaftlichen Linken und entsprechender Verbände, Gruppen,
221 Organisationen. Deshalb wollen wir den Dialog zwischen Partei, Bürgerschaftsfraktion,

222 Beiräten und verschiedenen linken außerparlamentarischen Akteuren verstärken und einen
223 landespolitischen Ratschlag im Frühjahr 2025 vorbereiten.

224 Dabei dürfen wir nicht vergessen:

225 **Alternativen zum Kapitalismus gehören auf die Tagesordnung**

226 Das herrschende Wirtschaftssystem hat größte Schwierigkeiten, auf die vielfachen
227 Herausforderungen der Zeit zu antworten, und führt jeden Tag zu mehr Umverteilung von
228 unten nach oben. Dadurch sitzt aber das Kapital nicht weniger fest im Sattel. Ganz im
229 Gegenteil: Es lässt sich jeden Schritt zögerlicher Veränderung teuer bezahlen und schafft es,
230 anders als in der Finanzkrise 2007-2009, sich als unentbehrlich hinzustellen. Die Kluft
231 zwischen Arbeits- und Vermögenseinkommen und die Konzentration des Eigentums in den
232 Händen weniger haben inzwischen ein Ausmaß angenommen, wie es zuletzt vor rund 100
233 Jahren der Fall war. Dennoch erregt diese fundamentale Fehlentwicklung weit weniger die
234 Gemüter als die Frage, ob in Schulaufsätzen gegendert werden soll.

235 Als sozialistische Kraft sind wir hier gefordert. Natürlich muss die Diskussion um Alternativen
236 zum Kapitalismus heute anders geführt werden als vor 100 Jahren. Aber sie stellt sich im
237 Großen wie im Kleinen. Der Kapitalismus schützt nicht Eigentum, er vernichtet es; er schützt
238 nur Kapital. Das merken alle, deren Rücklagen schwinden, deren Lebensinvestitionen
239 entwertet werden. Grundlegende Innovationen haben ihren Vorlauf fast immer in öffentlicher
240 Forschung und Entwicklung. Im Kapitalismus wird ohne öffentliche Steuerung in die
241 Ausbeutung von Mieter*innen oder das Gegeneinanderauspielen von Beschäftigten
242 investiert, statt in Klimatransformation oder die Lösung globaler Herausforderungen. Das
243 kennen Vonovia-Mieter*innen genauso wie der Wirtschaftsminister.

244 Damit wir diese Zusammenhänge besser darstellen und die Debatte um notwendige
245 Alternativen besser führen können, muss die politische (und ökonomische) Bildung im
246 Landesverband einen größeren Stellenwert einnehmen. Das erwarten auch viele, die als
247 neue Mitglieder zu uns stoßen. Der Landesvorstand soll daher zusammen mit den
248 Kreisvorständen nach geeigneten Formaten suchen – und zusammen mit den
249 Öffentlichkeitsarbeiter*innen nach Wegen, wie wir diese Zusammenhänge auch stärker nach
250 außen tragen können.